

von Svenja
Hübinger

Fake News made in Indonesia

Wie Jakartas Gouverneur vor Falschmeldungen kapitulieren musste

Die Autorin studiert Südostasien- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Passau und hat im Herbst 2016 ein Auslandssemester an der Universitas Atma Jaya in Yogyakarta, Indonesien, absolviert.

Als bevölkerungsreichstes muslimisches Land der Welt wird Indonesien im öffentlichen Diskurs nicht selten als Vorbild für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie gepriesen. Auch in Indonesiens Medien- und Onlinewelt gilt eine relativ hohe Meinungsfreiheit. Inzwischen hat sich der Inselstaat sogar einen Namen als »Social-Media-Weltmeister« gemacht. Und das, obwohl noch vor etwa zwanzig Jahren eine strikte Kontrolle des Internets durch das autoritäre Suharto-Regime herrschte. Dennoch birgt diese fundamentale Öffnung auch Gefahren für die junge Demokratie des Landes.

hall, da sich Ahoks Volksnähe und Antikorruptionsmaßnahmen großer Beliebtheit erfreuten. So lag er bei Wahlumfragen 2017 zunächst weit vorn.

Dies änderte sich allerdings schlagartig nach der viralen Verbreitung eines Videos mit manipulierten Untertiteln einer Rede Ahoks in den sozialen Medien. In Wirklichkeit hatte der Amtsinhaber darin gewarnt, konservative Geistliche könnten die Sure 51 des Koran zu politischen Zwecken gegen ihn instrumentalisieren, um potenzielle WählerInnen in die Irre zu führen. Laut Auslegung einiger muslimischer AnführerInnen solle diese Sure MuslimInnen angeblich verbieten, Nicht-Muslime oder -Muslimas in politische Führungsrollen zu wählen. Das bearbeitete YouTube-Video erweckte allerdings den Eindruck, als mahne Ahok, sich nicht von Sure 51 täuschen zu lassen.

Das gefälschte Video verbreitete sich wie ein Lauffeuer, und Ahok erntete heftige Kritik auf Facebook, Twitter und anderen sozialen Netzwerken. Sowohl von Seiten islamistischer Gruppen als auch gemäßigten MuslimInnen wurden Vorwürfe der Blasphemie laut. Binnen kurzer Zeit kursierte eine Welle an Hasskommentaren. Imame drohten damit, die Durchführung von Beerdigungen zu verweigern, falls die Betroffenen für Ahok stimmen sollten. – Auf der Gegenseite holten auch seine Anhänger zu einem Online-Schlag aus: »#KamiAhok« (»Wir sind Ahok!«) wurde in kürzester Zeit zum meistgeteilten Hashtag (»Schlagwort«) Indonesiens. Der Konflikt spitzte sich jedoch nicht nur in der virtuellen Welt zu, sondern wurde auch in den Straßen der Hauptstadt ausgetragen. In Folge der Anschuldigungen kam es am 4. November 2016 zu Anti-»Ahok«-Massendemonstrationen mit mehreren Hunderttausend reaktionär-fundamentalistischen und radikalen IslamistInnen und SympathisantInnen aus dem ganzen Land.

Der ehemalige Gouverneur Jakartas »Ahok« Basuki Tjahaja Purnama.
© Wikimedia Commons



Die ambivalente Rolle der Neuen Medien

Seit der Wendezeit 1998 haben ethnische Konflikte und religiöse Unruhen die politische Stabilität und Einheit Indonesiens bereits häufig auf die Probe gestellt. Erst Ende 2016 traten die gesellschaftlichen Disparitäten wieder deutlich zu Tage, als Jakartas Gouverneurswahlen von einem religiös aufgeladenen Machtspiel überschattet wurden. Im Fokus der Kontroversen stand der damalige, sich zur Wiederwahl stellende Gouverneur der Hauptstadt Indonesiens, Basuki Tjahaja Purnama, genannt »Ahok«. Als chinesisch-stämmiger Christ vertrat Ahok gleich zwei Minderheiten Indonesiens, weshalb er die Missgunst der Vertreter des konservativen Islam erntete. Diese fanden anfänglich keinen besonders großen Wider-

Die FPI und die Macht der Meme

In diesem Drama spielt die national-konservative sunnitische *Front Pembela Islam* (»Front zur Verteidigung des Islam« / FPI) eine maßgebliche Rolle. Die radikale Gruppe ist dafür bekannt, enge Beziehungen zu Teilen der staatlichen Sicherheitskräfte sowie zu den konservativen Eliten um den Militär Prabowo Subianto zu pflegen, dessen Kandidat Anies Baswedan in Folge der Missstimmungen gegen Ahok die Gouverneurswahlen im Frühjahr 2017 als Sieger für sich reklamierte.



Während der Proteste am 4. November 2016 in Jakarta fordern Demonstranten »Penjarakan Ahok« (»Ahok hinter Gitter!«).

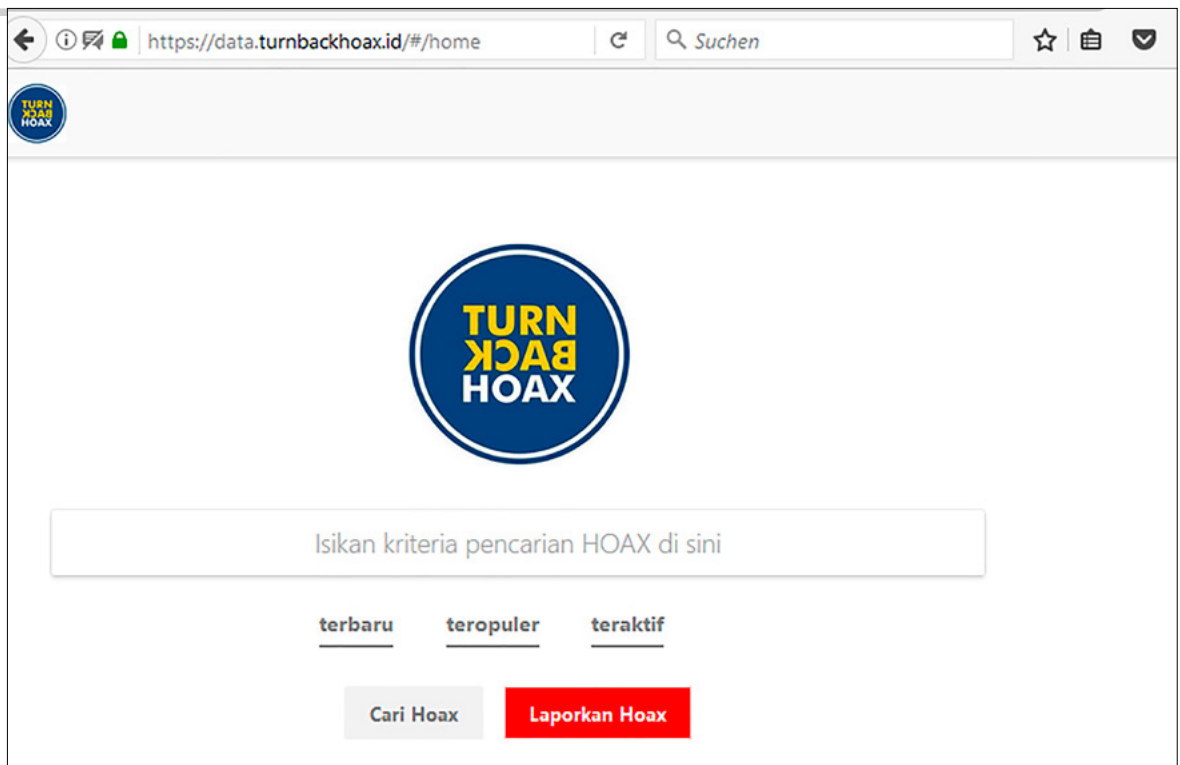
© Data RB

Vieles spricht dafür, dass das manipulierte Video gezielt und professionell vertrieben wurde. Die FPI ist längst für die Verbreitung sogenannter Internetmeme (englisch: »memes«) über soziale Medienkanäle wie Facebook, WhatsApp oder Twitter bekannt. Dies sind digitale Inhalte beispielsweise in Form von Grafiken, Fotos oder Videos, die von NutzerInnen beliebig variiert und weiterkommuniziert werden können. Im Wesentlichen dienen sie hier dazu, die Ideologie der Gruppe populär zu machen. Dabei werden islamistische und nationalistische Symbole und Narrative meistens so eingesetzt, dass negative Emotionen und Ressentiments besonders bei der muslimischen Unter- und Mittelschicht geschürt werden.

Auch im Zuge des Skandals um Ahok kursierten unzählige Meme, die Ahok als »Kafir« (»Ungläubigen«) und die vermeintliche Blasphemie als Bedrohung der nationalen Einheit Indonesiens verunglimpften. Besonders kontroverse Meme spielten sogar auf tief verwurzelte anti-chinesische Vorurteile an und brandmarkten Ahok als Kommunisten. – Mit derart provokanten Online-Inhalten ist es der FPI bisher immer wieder gelungen, Indonesiens schwelende religiöse und gesellschaftliche Konflikte anzuzünden und über die Sozialen Medien im indonesischen Internet AnhängerInnen zu werben und zu mobilisieren. Diese wiederum organisieren sich auch offline und tragen ihre radikale Haltung auf die Straße und bis in die Regierungspolitik.

»Turn Back Hoax« – Indonesiens Kampf gegen Fake News

Zweifelsohne hatten Meme und »Fake News« (»Falschnachrichten«) die Fronten in Jakartas Gouverneurswahl verhärtet. Die Gefahr, die die Zunahme von Falschmeldungen darstellt, geht jedoch weit über die Wahlen hinaus. Soziale Medien werden zur Verteilungsplattform, um im Namen der Meinungsfreiheit Falschmeldungen zu politischen Zwecken zu verbreiten. Auch Präsident Joko Widodo hat längst erkannt, dass Falschmeldungen eine potenzielle Bedrohung für die indonesische Demokratie darstellen, wenn sie die Basis für politisches Engagement und soziale Bewegungen bilden. Fake News stellen keinesfalls ein neues Phänomen dar. Im Gegenteil, bereits im Zuge der Präsidentschaftswahlen 2014 bekam Joko Widodo dies am eigenen Leibe zu spüren. So veröffentlichten seine Gegner beispielsweise einen gefälschten Nachruf, der ihn als »Christ chinesischer Abstammung« betitelte. Als Antwort kündigte die Regierung den Kampf gegen Falschmeldungen im Netz an. Dabei soll die Einrichtung einer neuen Cyber-Behörde auf nationaler Ebene helfen, die VerfasserInnen von Fake News zu entlarven. Fraglich ist jedoch, wie erfolgreich derartige staatliche Maßnahmen in Zukunft die Verbreitung von Falschmeldungen unterbinden können. Zum einen schien es in der Vergangenheit so, als sei die Thematik der öffentlichen Moral wichtiger als die wirklich



akuten Probleme. So waren staatliche Institutionen bisher beispielsweise viel restriktiver in der Zensur vermeintlich pornographischer Inhalte als bei radikal-islamischen. Ferner lässt sich eine Intensivierung staatlicher Zensurpraktiken schwer mit dem demokratischen Prinzip von Meinungsfreiheit vereinen.

Aber wo staatliche Maßnahmen noch eine Weile auf sich warten lassen, hat die Öffentlichkeit erfahrungsgemäß bereits eine Antwort parat. In Indonesiens Fall heißt sie *Turn Back Hoax*. Das Konzept der von der Privatinitiative *Indonesian Hoax Busters* gegründeten Crowdsourcing-Plattform basiert auf einer aktiven Beteiligung ihrer User: Sie sollen Nachrichten, Bilder oder Websites melden, die sie als Falschmeldung (englisch: »hoax«) verdächtigen. Diese Inhalte werden dann in Foren öffentlich diskutiert und verifiziert, und die Ergebnisse schließlich auf der Website *turnbackhoax.id* präsentiert. Dieser Online-Service soll NutzerInnen in ganz Indonesien dabei helfen, Falschmeldungen von echten zu differenzieren, mit dem Ziel, den Missbrauchs sozialer Medien zum Anheizen ethnischer, religiöser und sozialer Spannungen einzudämmen.

Der Prozess gegen »Ahok« und seine Folgen

Tatsächlich erhob nun die Staatsanwaltschaft Mitte November 2016 Anklage gegen Basuki Tjahaja Purnama wegen Blasphemie, und es kam zu einem Aufsehen erregenden Prozess. Als im Mai 2017 der ehemalige Gouverneur zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde, kam es zu einem Aufschrei des libe-

ral gesinnten Teils der Bevölkerung. Hashtags wie »#RIPHukumIndonesia« (»Ruhe in Frieden, indonesische Rechtsbarkeit!«) spiegeln den Versuch wieder, der wachsenden Missgunst Ausdruck zu verleihen.

Es ist schon besorgniserregend, dass es in Indonesien möglich ist, aufgrund einer vage definierten Blasphemie-Klausel Kritik an der Instrumentalisierung des Korans mit einer Haftstrafe ahnden zu können. Der Fall »Ahok« stellt ein Paradebeispiel für das Bemühen der radikal-islamischen Kräfte dar, das politische und gesellschaftliche Leben Indonesiens nach ihren Grundsätzen zu beeinflussen. Die sozialen Medien fungieren dabei als Kommunikationskanäle für eine schleichende Islamisierung Indonesiens. Es scheint, als sei die »Always-On«-Gesellschaft Indonesiens besonders anfällig für polarisierende Meme und Falschmeldungen. Das Blasphemie-Urteil hat gezeigt, wie derartige Internet-Phänomene die Macht besitzen, die Gesellschaft spalten zu können. Gleichzeitig ist er auch ein Weckruf an die Zivilgesellschaft Indonesiens zur Verteidigung der Meinungsfreiheit. Wichtig ist dabei eine umfangreiche Förderung von Medienkompetenz. – Das geschilderte Dilemma ist ein durchaus alarmierendes Zeichen für den Versuch des fundamentalen Islam, Indonesiens Politik und Gesellschaft zu untergraben. Um des sozialen Friedens und der Einheit Indonesiens willen bleibt zu hoffen, dass religiöser Pluralismus und friedliche politische Debatten (weiterhin) möglich sein werden – ohne hetzende Meme und Falschnachrichten! Die Feuerprobe dafür werden wohl die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2019 darstellen. ■